

Der Gewerksverein ⁷³

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag, Vierteljährlicher
Abonnementpreis: durch die Post bezogen
1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. —
Alle Buchhandlungen für Berlin alle Zeitungs-
Expeditoren, nehmen Bestellungen an —
Zufersende pro Heft: Geschäftsansage, 25 Pf.,
Familienansage, 15 Pf., Vereinsangelegen-
10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
u. Exped.: N.O. Oranienburgerstr. 221/22.
Verantwortlicher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)
Gedruckt und
unter Mitwirkung der Verbands- und Betriebs-Verträge
vom
Zentralrathe der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Funktor).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
Francs an den Verbandsleiter Rudolf
Klein, N.O. Oranienburgerstr. 221/22, ein-
zuführen sind. Für Mitglieder 50 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
seitens der Gewerksvereine 30 Pf. pro Exempl.
Verantwortlicher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 10.

Berlin, 9. März 1906.

achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Durch Schäden wird man klug. — Der Kampf um die Ante. — An die Mitglieder des Gewerksvereins der graphischen Branche und Maler! — Buchenkauf. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

▲ Durch Schäden wird man klug.

Nach der reichsammlischen Statistik über die Streiks und Aussperrungen im 4. Quartal 1905, über welche eine Tabelle in Nummer 2 des Reichsarbeitsblattes berichtet, betrug die Anzahl der vor dem 1. Oktober 1905 begonnenen aber nicht vor diesem Tage beendeten Streiks 124. Im 4. Quartal kamen hinzu 311 Ausstände. Beendet wurden im letzten Quartal vorigen Jahres 369 Ausstände, sodas am Schluß des Jahres noch unentschieden geblieben waren 66 Streiks. Von der Gesamtheit dieser Ausstände waren betroffen 1239 Betriebe, wovon 306 zum völligen Stillstand kamen. In den von Streiks betroffenen Betrieben waren 117 971 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 41 317 und durch die Streiks waren unfreiwillig zur Arbeitsruhe gezwungen 1664. Die Streikenden hatten in 86 Fällen vollen Erfolg, in 121 Fällen teilweisen Erfolg und bei 162 Streiks gar keinen Erfolg. Die meisten Streiks kamen vor in der Metallverarbeitung, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und im Baugewerbe.

Aussperrungen wurden aus dem 3. in das 4. Quartal übernommen 18, neue Aussperrungen erfolgten 29 und beendet wurden 41 Aussperrungen, sodas am Schluß des Jahres 6 Aussperrungen noch unentschieden waren. An der Aussperrung nahmen teil 243 Betriebe, wovon 13 zu völligem Stillstand kamen. In den an der Aussperrung beteiligten Betrieben waren beschäftigt 57 081 Arbeiter. Die höchste Zahl der gleichzeitig ausgesperrten Arbeiter betrug 44 441. Durch die Aussperrungen waren 1104 Arbeiter anderer Betriebe zu feiern gezwungen, weil es ihnen an den in den ausgesperrten Betrieben hergestellten Vorarbeiten fehlte. Die Aussperrungen hatten in 8 Fällen vollen, in 32 Fällen teilweisen und in 1 Falle gar keinen Erfolg.

Diese Ziffern umfassen das ganze Reich, sie können aber nur als „vorläufige“ angesehen werden. Die genauen Ziffern werden natürlich sowohl die Zahl der Streiks, wie auch die der Aussperrungen noch erhöhen.

Aus der Tabelle geht die interessante Tatsache hervor, das die Zahl der gleichzeitig streikenden mit 41 317 zurückblieb hinter der Zahl der gleichzeitig ausgesperrten Arbeiter, die, wie oben bemerkt, 44 441 betrug. Erfahrungsgemäß kommen im 4. Quartal die wenigsten Streiks vor. Die angegebenen Zahlen müssen also für das ganze Jahr 1905 um mehr als verdreifacht gerechnet werden.

Diese Kämpfe kosten die Unternehmer wie die Arbeiter schwere Opfer. Solange aber die Mehrzahl der Unternehmer auf dem einseitigen Herrenstandpunkt steht und die Mehrzahl der Arbeiter auf dem Boden des parteidogmatischen Klassenkampfes, darf nicht erwartet werden, das die Zahl der ungeheure Opfer verschlingenden Streiks und Aussperrungen schon bald erheblich kleiner wird. Aber in beiden Lagern sind doch bereits zahlreiche Elemente faßig geworden und die Geneigtheit, Streiks und Aussperrungen vorzubeugen durch die zuerst von den Deutschen Gewerksvereinen vorgeschlagenen Ein-

igungsämter zur Vereinbarung von Tarifverträgen ist in erfreulichem Maße im Wachsen begriffen. Wir haben wiederholt hierüber Urteile der bedeutendsten Handelskammern und ähnlicher Korporationen mitteilen können. Auch Arbeitgeberverbände sind mehrfach eingetreten für eine Eintigung mit den Arbeiterorganisationen, um die Kosten der Kämpfe im Interesse der gesamten Volkswirtschaft möglichst herabzusetzen. Im Interesse der Sache haben wir uns immer gern bemüht, Stimmen dieser Art einer weiteren Verbreitung zugänglich zu machen. Das wollen wir auch heute wieder tun. In der Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes beschäftigt sich eine Jahresumchau mit dieser wichtigen Frage. In dem Artikel kommt auch die folgende bemerkenswerte Stelle vor:

„Über auch gute Folgen hat das Umsichgreifen des Organisationswandens und die Zunahme der Streibewegung gesetzt. Die außerordentlich hohen Streikschäden, der große Verlust an Rationalvermögen und die schwere Benachteiligung unseres ganzen Wirtschaftslebens haben einen Umschwung in der Auffassung vieler Arbeitgeber über die Anerkennung der Gewerkschaften bewirkt, der bei weiterer Entwicklung in loogischer Konsequenz zu friedlichen Verhandlungen und Vereinbarungen führen muß. Ramentlich den Christlichen und nationalen Gewerkschaften, deren Ansehen ständig wächst, dürfte das in Zukunft zustatten kommen. . . Sozialpolitische Extreme können keine Zukunft haben. Die Tarifgemeinschaften haben denn auch im vergangenen Jahre an Zahl und Bedeutung außerordentlich zugenommen; so sollen in Berlin allein ca. 60 bis 70 000 Arbeiter unter Geltung kollektiver Verträge in Arbeit stehen. Die erfreuliche Anerkennung und Förderung, welche diese zweckmäßige Art der Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages immer mehr findet, hat zu einem Antrag des Zentrums beim Reichstage auf gesetzliche Regelung der Tarifgemeinschaften geführt. Bei dem großen Interesse und Verständnis, das wie die gesamte Öffentlichkeit so auch die gesetzgebenden Faktoren unserer sozialen Entwicklung entgegenbringen, darf auf eine Erfüllung dieser von weiten Kreise geteilten Wünsche umso mehr gerechnet werden, als damit die immer dringender werdende Reform unserer Koalitions-gesetzgebung im Zusammenhang steht.“

Wenn die Arbeitgeberverbände sich erst allgemein zu dieser vernünftigen Ansicht durchgerungen haben, dann wird auch der einseitige Standpunkt des Klassenkampfes unter der Arbeiterschaft den Boden verlieren. Selbst in den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist, wie wir wiederholt gezeigt haben, eine Entwicklung nach dieser Richtung deutlich erkennbar geworden. Grundsätzlich tritt die Arbeiterbewegung dann auf den Boden unser nationaler Gewerksvereine, der eine raschere Entwicklung in der Verbesserung der Arbeiterverhältnisse sichert. Wen die eigene Fernunft nicht klug macht, der wird durch Schäden klug werden! Die deutschen Arbeiter sollten sich recht bald samt und sonders auf den vernünftigen Standpunkt der Gewerksvereine stellen. Die Gewerksvereine wollen den Frieden und darum rufen sie zum Kriege. Grundsätzlich den Frieden betonend, muß die Organisation jeden Augenblick kampfbereit sein, um die nötigen Verbesserungen durchzuführen zu können, wenn auf dem Wege des Friedens kein Entgegenkommen bei den Unternehmern erzielt werden kann. Die Arbeitgeberverbände würden ihren Mitgliedern und der gesamten Volkswirtschaft dienen, wenn sie, dem Verlangen der Gewerksvereine entsprechend, mit den Organisationen der Arbeiter auf dem Fuße bürgerlicher Gleichberechtigung verhandelten.

Wenn dann die Reichsregierung den Verhandlungsergebnissen gesetzliche Kraft verleiht, dann wird es rascher vorwärts und empor gehen können. In dem wachsenden Wohlstand der breiten Massen wird das Deutsche Reich seine Festigkeit und die deutsche Industrie den Boden für eine weitere blühende Entfaltung finden!

Der Kampf um die Rente.

Unsere im In- und Auslande so hoch gepriesene Sozialpolitik, die sogenannte staatliche Fürsorge für die auf dem Felde der Arbeit unglücklichen oder verletzten Kollegen, leidet, soweit die einzelnen Unfallversicherungsgesetze in Betracht kommen, an so verschiedenen und wesentlichen Mängeln und Härten, daß am allerwenigsten in Arbeiterkreisen über diesen Versicherungszweig Befriedigung vorhanden sein kann. Die Berufsgenossenschaften, als Träger der Versicherungspflicht, betrachten ihre gesetzliche Pflicht in den meisten Fällen als ein den Arbeitern entgegengebrachtes Wohlwollen und können nicht genug über die Begehrlichkeit und Rentenmildelei der Verletzten zeteren. Dabei hat sich aber gerade im Laufe der Jahre ein gewisses Schlimmherausgebildet, die Renten, auch in den schwersten Fällen, so niedrig als möglich zu bemessen und dann nach kurzer Zeit auch diese lärgliche Rente noch herabzudrücken. Unterhütet wird dieses Vorgehen außerdem noch durch Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts, indem dieses in einzelnen Fällen entschieden hat, daß der Verletzte, obwohl der behandelnde Arzt vollständige Erwerbsunfähigkeit bescheinigt hatte, in der letzten Zeit seiner Heilbehandlung den Versuch hätte machen müssen, eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, wenn auch in einem anderen Berufe, auszuüben. Nach dem Gesetz ist ja die Rente nicht ein Ersatz der körperlichen Schäden oder des Verlustes einzelner Glieder, sondern sie soll als Ersatz der durch den Unfall hervorgerufenen Arbeits- und Erwerbsverminderung gelten. Infolge dieser Auffassung erklärt sich auch die Entziehung der Renten von 10 und 15 pCt. auf Grund der Angewöhnung an den körperlichen Zustand, die vielfach auch im ärztlichen Gutachten als einziger Grund angegeben wird. So hat sich im Laufe der Zeit, entgegen der allgemeinen Auffassung und den Bestimmungen der Gesetze ein bestimmter Entschädigungssatz herausgebildet. Es wird ja von Fall zu Fall entschieden, aber diese Entscheidungen folgen in der Regel den vom Reichs-Versicherungsamt in ähnlichen Fällen abgegebenen Urteilen. Bei Hand- und Fingerverletzungen tritt diese Art der Entscheidungen am augenfälligsten in die Erscheinung. Es wird im allgemeinen kein Unterschied zwischen geübten und ungeübten Arbeitern gemacht. Die durch den einzelnen Verus notwendige Erfahrung und Geschicklichkeit, die nur verbunden sein kann mit dem vollständigen Gebrauch sämtlicher Finger, wird bei dem Verlust einzelner Glieder, ja sogar ganzer Finger fast gar nicht in Betracht gezogen.

Der Arzt begutachtet von seinem Standpunkte aus, ohne die notwendige Kenntnis und ohne über das Maß der Geschicklichkeit, die der einzelne Verus oder auch nur eine Art dieses Berufs voraussetzt, genügend orientiert zu sein.

Hier ist es endlich an der Zeit, daß der Gesetzgeber die alte Forderung der Gewerksvereine erfüllt und Berufscollegen als Sachverständige zur Begutachtung über vorhandene Erwerbsverminderung heranzieht.

Während nun von den Berufsgenossenschaften der Kampf um die Rente, besser gesagt gegen die Rente, mit aller Entschiedenheit und vielfach mit Rücksichtslosigkeit geführt wird, findet man in Arbeiterkreisen sehr oft die größte Unkenntnis über die zunächst erforderlichen einschleitenden Schritte zur Sicherstellung ihres Rechts und, was leider tief bedauerlich ist, eine Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit bei der Behandlung eines eingetretenen, wenn auch geringfügigen Unfalls. Die sofortige Meldung des Unfalles bei dem Arbeitgeber oder Meister unterbleibt in vielen Fällen ganz. Oft genug ist eine geringe Verletzung die Ursache zu einer erst viel später eintretenden schweren Erkrankung gewesen, die dann, da der Unfall nicht gemeldet war, als Unfallfolge nicht anerkannt wurde. Es ist deshalb dringend notwendig, daß jeder, auch der geringste Unfall, sofort gemeldet wird. Bei der Feststellung des Unfallprotokolls muß streng darauf geachtet werden, daß alle von dem Verletzten angegebenen Beschwerden aufgenommen, die Namen etwaiger Zeugen sofort festgesetzt und der Unfallort sofort nach dem Unfall genau besichtigt wird. Es ist dieses deshalb notwendig, als sehr oft die mangelhafte Beschaffenheit des Fußbodens, herumliegendes Werkzeug oder Arbeitsmaterial die Ursache eines Fehltritts sind, der dann zum Unfall führt.

Der Verletzte muß seinem behandelnden Arzt stets genaue und wahrheitsgemäße Angaben über seinen körperlichen Zustand machen. Auch die geringsten Beschwerden müssen angegeben und durch den Arzt festgestellt werden. Bei Unfällen, die mit einem heftigen Schlag oder Stoß und schweren Fall verbunden sind, wird der Verletzte selten in der Lage sein, genaue Angaben zu machen, da meistenteils Bewußtlosigkeit eintritt. Hier ist es nun Aufgabe der Arbeitskollegen genau festzustellen, in welcher Lage der Verletzte sich befand, ob er im Fall an einen Gegenstand gequetscht oder auf einen an der Erde liegenden Gegenstand und welcher Art dieser war, aufgeschlagen ist. Diese Feststellung muß aber sofort erfolgen, da in den meisten

Fällen nach einem Unfall, auch in denjenigen Betrieben, in denen Ordnung nicht zu den Erscheinungen des täglichen Lebens gehört, gründlich ausgeräumt wird und dieser oder jener Gegenstand später nicht mehr zu sehen ist, der als Ursache bei der Feststellung der Unfallsfolgen eine ausschlaggebende Rolle spielt.

Der Antrag auf Gewährung einer Rente muß von dem Verletzten gestellt werden. Es kann dieser Antrag zu Protokoll der unteren Verwaltungsbehörde gegeben oder an den Vorstand oder die Sektion der zuständigen Berufsgenossenschaft eingereicht werden.

Bis zum Ablauf der 13. Woche tritt zunächst die Krankentafel für den Verletzten ein. Mit Beginn der 14. Woche soll die Berufsgenossenschaft eintreten. Nun beginnt für den Verletzten eine Leidenszeit. Die Krankentafeln zahlen nicht mehr, die Heilbehandlung wird unterbrochen, die Berufsgenossenschaft kümmert sich wochen- und sogar monatelang nicht um den Verletzten. Auf eingelegte Beschwerde kommt die lakonische Antwort: „Die Beweiserhebung in Ihrer Unfallsache ist noch nicht abgeschlossen“. Der Verletzte hungert weiter! Nur in seltenen Fällen erfolgt die Zahlung eines Vorschusses von vier bis 20—30 M. Ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein! Im anderen Fall wird der Verletzte zu wiederholten ärztlichen Untersuchungen veranlaßt, ohne daß eine Rentenfestsetzung oder Zahlung erfolgt. Kommt endlich der Rentenbescheid, so ist die Rente entweder so niedrig bemessen, daß sie nicht in Betracht kommt, oder sie ist abgelehnt. In beiden Fällen muß das Verfahren vor dem Schiedsgericht eingeleitet werden. Die Berufsgenossenschaft hat ihren Zweck erreicht. Mehrere Folgen des Unfalls sind nach dem Gutachten des Vertrauensarztes nicht mehr vorhanden, der Anspruch auf Rente wird abgelehnt oder die schon gezahlte Rente entzogen. Hier muß der Arbeitgeber ebenfalls eingreifen, und wenn nicht anders durch Strafbestimmungen die Berufsgenossenschaften zwingen, von Beginn der 14. Woche ab, mit der Fürsorge für den Verletzten zu beginnen, damit derselbe nicht künstlich um sein Recht gebracht wird. Während es nun bei den Unfällen der verschiedensten Art schon bedeutende Schwierigkeiten bereitet, den Verletzten in den Genuss seiner oft nur kümmerlichen Rente zu bringen, ist dieses bei Bruchschäden: Leisten- und Nabelbrüchen nahezu zur Unmöglichkeit geworden. Nach der Spruchpraxis des Reichs-Versicherungsamts bereitet ein frisch eingetretener, durch außerordentliche, über das Maß der üblichen Betriebsarbeit hinausgehende Anstrengung plötzlich hervorgerufener Leistenbruch so heftige Schmerzen, daß der Betroffene seine Arbeit sofort unterbrechen und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muß. Wo also die Momente der plötzlichen Gewaltwirkung oder der größeren Anstrengung fehlen, wird ein Leistenbruch als Folge eines Betriebsunfalls nicht anerkannt und entschädigt. Da eine große Anzahl Menschen schon von Jugend an mit einer Bruchanlage behaftet sind, so wird in den meisten Fällen angenommen, daß der Bruch nach und nach entstanden ist, die mit einer größeren Anstrengung verbundene Arbeitsleistung wohl die auslösende, nicht aber die eigentliche Ursache war. Selbstamerweise arbeiten eine große Anzahl Arbeiter, die bei der Arbeit einen Bruch erlitten haben, noch tagelang weiter, ehe sie sich zu einem Arzt begeben. In allen diesen Fällen werden die Ansprüche der Betroffenen zurückgewiesen und eine Entschädigungspflicht nicht anerkannt. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, daß die Kollegen in allen Fällen, in denen sie Schmerzen im Unterleib oder im Gemächt verspüren, die auf einen Bruch schließen lassen, die Arbeit sofort zu unterbrechen und durch einen Arzt die Ursachen des Schmerzes und des Leidens sofort feststellen lassen. Es darf nicht unterlassen werden, dem Arzt die Art und die Beschwerden der zuletzt ausgeführten Arbeit genau zu schildern und auch in diesem Fall Zeugen des Vorfalles anzugeben. Das Gutachten des Arztes ist in diesen Fällen allein maßgebend, während den Aussagen der Verletzten eine größere Beachtung nicht geschenkt wird. Also, Vorsicht auf jeden Fall. Lieber ein paar Stunden Arbeitsverdienst einbüßen, um sich selbst zu sichern, und wenn notwendig, sich vom Platz tragen und zum Arzt schaffen lassen, um den Unfall feststellen zu lassen. Auch hier muß die Forderung von uns stets wiederholt werden, die Bruchschäden aller Art, sowie die Gewerkekrankheiten, Vergiftungen z. als Betriebsunfälle anzuerkennen und für entschädigungspflichtig zu erklären.

Zu den lebhaftesten Klagen der Unfallverletzten zählen die betrreffs Ausstellung ärztlicher Gutachten auf eigene Kosten. Von Autoritäten ist ein Gutachten fast gar nicht mehr zu bekommen oder aber es werden die Unfallsakten eingesehen und auf Vorgutachten Bezug genommen. Der eigentliche Zweck dieses Gutachtens ist vereitelt. Von praktischen Ärzten ausgestellte, gewissenhafte Gutachten kommen gewöhnlich neben denen der Autoritäten nicht in Betracht. Emil Klavon.

(Fortsetzung folgt.)

An die Mitglieder des Gewerksvereins der graphischen Berufe und Maler!

Die Aufgaben des nächsten Delegiertentages.

Im Juli d. Js. sollen die berufenen Vertreter unserer Organisation ihre Entscheidung treffen, was für des Gewerksvereins Wohl am förderlichsten erscheint. Der diesmalige Delegiertentag dürfte nicht nur eine Fülle reichlicher Materials zur Bearbeitung vorfinden, er dürfte auch alle vorhergehenden an Bedeutung und Wichtigkeit

libertreffen. Gilt es doch, wenn wir alle laut gewordenen Wünsche zusammenfassen, vornehmlich den Ausbau der Organisation nach innen und außen herbeizuführen. Im Vordergrund der Verhandlungen dürfte die Regelung der Beitragsfrage stehen und das mit Recht. Gilt es doch zu prüfen, ob wir gewillt sind, uns den veränderten Verhältnissen anzupassen, mit der fortschreitenden Entwicklung gleichen Schritt halten zu wollen, oder den bisher inne gehaltenen Weg unverändert fortzusetzen.

Muß nicht erwogen werden, ob mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln eine regere, intensivere Tätigkeit entfaltet werden kann, oder ob es einer etwas größeren Opferwilligkeit aller Mitglieder bedarf? Demjenigen Kollegen, der aufmerksam die Vorgänge innerhalb der Organisation und auf wirtschaftlichem Gebiete verfolgt, dürfte die Beantwortung dieser Frage wohl nicht schwer fallen. Seit dem letzten Delegiertentage sind wir genötigt gewesen, eine Beitrags-erhöhung vorzunehmen, um allen Verpflichtungen nachzukommen. Trotz der vorgenommenen Erhöhung, die leider in nur allzu bescheidenen Form erfolgte, war es nicht möglich, stabile Verhältnisse herbeizuführen. Erst kürzlich noch wurden wir vor die Frage gestellt: entweder die Beiträge erhöhen oder schlimmstenfalls die Leistungen herabzusetzen.

Nur mit Rücksicht auf den in Aussicht stehenden Delegiertentag erscheint es möglich, die angehängte Frage hinauszuschieben.

War es aber unter diesen Umständen möglich, in Ruhe an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten? Ist nicht gerade dadurch, daß wir zögerten, eine hinreichende Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, eine Beunruhigung in den Kreisen der Mitglieder eingetreten? Haben wir nicht zusehen müssen, wie andere Brüdergewerkschaften uns an Mitgliedszahl trotz höherer Beiträge überflügeln? Wollen wir auch diesmal Stimmen Gehör schenken, die bei Erhöhung der Beiträge und damit verbundener größerer Leistungsfähigkeit eine Flucht der Mitglieder befürchten? Hier ist der Augenblick gekommen, die Zweifelsenden anzusprechen, die Zögernden anzusprechen, damit alle Kollegen freudig aus sich selbst heraus erklären: auch wir haben eingesehen, auch wir haben uns von der Notwendigkeit überzeugen müssen, daß mehr als bisher geschehen muß, um gleichen Schritt mit den übrigen zu halten. Mögen in anderen Gewerkschaften einige von kleinem Krämergeist erfüllte Mitglieder der Organisation den Rücken gekehrt haben; laufend andere sind an deren Stelle getreten, alle schreiten trotz des teilweise verdoppelten Beitrages rüstig vorwärts. Zeigen auch wir den ersten Willen und auch wir werden vorwärts kommen.

Eng verknüpft mit der notwendig erscheinenden Erhöhung der Beiträge erscheint die Frage der Agitation. Um unsere Mitgliedszahl zu erhöhen sind wir gezwungen, tätiger zu sein. Hinaus in die Öffentlichkeit gilt es zu treten, eine Reihe praktischer Kleinarbeit ist zu leisten, veraltete Formen der bisher geübten Agitation müssen über Bord geworfen werden.

Das Vorgehen gewisser Unternehmertreife allein schon zwingt uns hier Änderungen eintreten zu lassen. Wohl höre ich die Kollegen sagen: Sind wir nicht alle ernsthaft bemüht gewesen, jeder nach seinen Kräften, die Organisation zu fördern? Ich zweifle keinen Augenblick, alle tätigen Kollegen sind bemüht gewesen zu leisten, was in ihren Kräften stand. Auch hier gilt es zu prüfen, ob wir auch fernerhin verlangen können, daß diese Kollegen alle ihre freie Zeit, nach Feierabend und des Sonntags, unter Hintansetzung des Familienlebens, in aufreibender Tätigkeit zu opfern, wenn sie wagen, frei und offen zu sagen, wo den Kollegen der Schuh drückt. Wenn es ernst ist mit den Aufgaben der Organisation, der muß mit dafür eintreten, daß auch wir, wenngleich auch als beinahe die letzten zur Anstellung eines unabhängigen Agitationsbeamten kommen müssen. Vehaftere Agitation heißt aber auch größere Opferwilligkeit zeigen. Der Ausweg, welchen einige Kollegen bereits angedeutet, darin bestehend, die Leistungen herabzusetzen, erscheint unmöglich gangbar, es hieße den Kreisgang antreten, obgleich wir sehen, daß alle Organisationen vorwärts streben. Es müßte sonderbar erscheinen, wollten wir erklären: Wir können unmöglich mehr zahlen. So können wir nicht sprechen, wenn wir sehen, daß Kollegen in anderen Gewerkschaften, welche unter gleichen Verhältnissen leben müssen, viel höhere Beiträge opfern. Sollte es uns nicht auch gelingen, den Kollegen klar zu machen, daß höhere Beiträge, höhere Leistungen und eine lebhaftere Agitation uns eine größere Mitgliedszahl bringen? Auch unsere Pflicht wird es sein, die Organisation so auszubauen, daß wir gegenüber anderen nicht zurückbleiben. Mehr als bisher gilt es, die Kollegen an die Organisation zu fesseln, und daher gilt es auch der dritten wichtigen Frage, die den Vertretern unterbreitet werden wird: der Presse unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Unser Organ muß mehr als bisher als geistiges Bindeglied zwischen den einzelnen Ortsvereinen zur Geltung kommen. Nach Lage der Dinge kann unser bisheriges obligatorisches Organ „Der Gewerkschein“ nicht unseren verschiedenen Berufs innerhalb unserer Organisation Rechnung tragen, weil denselben als Verhandlungsorgan vornehmlich die Wahrung der Interessen der Gesamtorganisation obliegt. Die Vorschläge der süddeutschen Genossen erscheinen daher diskutabel, dahingehend, unser bisheriges Generalratsprotokoll der Form und dem Inhalt entsprechend anderen, z. B. Bergarbeiter usw. anzupassen. Nun Kollegen, prüfen wir gewissenhaft ob wir in vorstehenden Fragen die Notwendigkeit und die Durchführbarkeit erklären können. Wenn

die Ueberzeugung bei uns Platz gegriffen, daß es von Nutzen für uns sein kann, wenn wir vorwärts streben, dann müssen wir dieser Ueberzeugung gemäß auch handeln. Dann gilt es Kollegen vorzuschlagen und zu wählen, die mit uns gemeinsam vorwärts streben. Lassen wir als Lösungswort für den kommenden Delegiertentag erschallen: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

J. Büttner, Stettin.

Wird das Jahr 1906 unserm Gewerkschein die gewiß allerseits erhofften Fortschritte bringen? Wird der diesjährige Delegiertentag unsere Organisation in eine erfolgreiche Bahn lenken? So sollte die Tagesordnung lauten, mit der wir uns in unseren nächsten Vereins- resp. Mitglieder-versammlungen beschäftigen. Es trennen uns nur noch Wochen von dem Tage, an welchem die oberste Instanz unseres Gewerkscheins zusammentritt, um über die Lage unserer Organisation und ihre Zukunft zu beraten. In der Frage der Beitrags-erhöhung, die im Vordergrund steht, dürften erhebliche Meinungsverschiedenheiten zum Vorschein kommen. Da muß darauf gesehen werden, daß die Opferwilligkeit und der Idealismus nicht in den Hintergrund geraten. Von der glücklichen Entscheidung der Beitragsfrage hängt das Weitergehen unserer Organisation ab. Im vorigen Jahre waren die Agitationsleiter unseres Gewerkscheins auf eigene Kosten in der Mitte Deutschlands versammelt, um darüber zu beraten, was unsern Gewerkschaften not tut. Die Protokolle sind allen Ortsvereinen zugesandt. Nicht kleinliche persönliche Interessen dürfen den Delegiertentag beschäftigen, sondern allein unsere großen und allgemeinen Gewerkschaftsfragen. (Das ist richtig!) So war es aber doch schon auf den bisherigen Delegiertentagen. Red. d. Gewerksch. Als Verfasser des Agitationsleiterkonferenzprotokolls will ich verzeihen in kurzen Umrissen unsere Hauptfragen zu ventilieren und in unsern Mitgliederkreisen Opferwilligkeit und den Idealismus für unsere Organisationsbestrebungen zu wecken. Denn schon scheint es mir so, als stände ein großer Teil unserer Ortsvereine auf dem Standpunkt, mit einer kleinen Beitrags-erhöhung sei unserer Organisation über den Berg geholfen. Neben der Beitragsfrage sind noch viel wichtigere Fragen für unsere Organisationsentwicklung zu lösen, und diese bedingen erst die Beitrags-erhöhung. Möge mit diesen Zeiten und der sich anschließenden Diskussion eine sehr notwendige Frage in Fluß kommen. Ich meine die Organfrage: Unser Mitgliederbestand mag aus noch so vielen Berufsarten zusammengesetzt sein, wir müssen ihnen ein Organ, ein eignes, selbständiges, unabhängiges Blatt geben, worin sie ihre Meinungen austauschen und ihre Ansichten zur Geltung bringen können und, wodurch ihre Interessen berufs- und handesgemäß vertreten werden. Durch die verschiedenen Berufe in unserm Gewerkschein und der finanziellen Schwierigkeiten können wir nicht sofort dazu übergehen, uns plötzlich ein eigenes Vereinsorgan zu leisten. Aber durch allmählichen Umbau und Verbesserung des Generalratsprotokolls wandeln wir dieses mit der Zeit wenigstens zum Sprachrohr der Mitglieder um; ja, ich behaupte, wenn diese Arbeit mit Energie ausgeführt wird, glänzt unsere Organisation mit ihrem eigenen unabhängigen Vereinsorgan auf dem übernächsten Delegiertentag. Für diesmal müssen wir uns von dem jungen Gewerkschein der Frauen, der jetzt schon sein eigenes Vereinsorgan hat, beschämen lassen. Mit der Organfrage hängt eng zusammen die zukünftige Regelung unserer Agitation. Die Lage unseres Gewerkscheins erfordert es, möglichst zwei Fliegen mit einem Schlag und mit wenig Mühe zu treffen. Ehe ich nun die Organfrage beende, muß ich weiter die notwendige Agitationsfrage erörtern. Die Agitation für unsere Organisation ist eine schwierige. Einerseits durch die vielen starken Gegenorganisationen, andererseits durch die Vielartigkeit von Berufsarten in unserem Gewerkschein, wozu uns nicht genügend Kollegen zur Agitation zur Verfügung stehen. Unter ganzem Agitationsystem muß intensiver arbeitend gestaltet werden. Die Zahl der unbesoldeten Agitationsleiter muß bedeutend vermehrt und im Generalrat muß mindestens ein besoldeter Agitationsbeamter bestellt werden, dem die gesamte Agitationsleitung obliegt und aus dessen Händen die Fäden der Agitationsarbeiten der tätigen Kollegen im Reiche laufen. Er hat in steter Fühlung zu bleiben mit den Ortsvereinen und Kollegen; und was die Agitation und das Materielle unserer Organisation anbelangt, nach Möglichkeit mindestens alljährlich einmal sich den Ortsvereinen zu zeigen und wenn nötig, in großen Bewegungen unseren Kollegen tatkräftig zur Seite zu stehen in ihren Kämpfen. Neben diesen Arbeiten (die ja sehr vielfältig sind und sie hier zu erörtern ich nicht für nötig halte) liegt diesem Agitationsbeamten die Umarbeitung und Redaktion des geplanten Vereinsorgans ob. Denn in ihm erblicken wir unseren Führer, der die Fahne unserer Organisation hochhält. Gar mancher dürfte sagen, der verlangt doch viel von dem Kollegen, der sich bereitstellt. Aber, Kollegen! Die gegenwärtige Lage unseres Gewerkscheins gestattet uns nicht, außer unserem Generalsekretär noch zwei Beamte zu besolden. Aber mit Hingabe und Interesse zu seiner Organisation und der rührigen Mitarbeit und Unterstützung durch die Kollegen wird es der Kraft gelingen die ersten Jahre die Arbeit zu bewältigen, unsere Organisation vorwärts zu bringen und damit wieder wird uns die Möglichkeit geboten, die Vermehrung der besoldeten Beamten vorzunehmen. Haben wir es möglich gemacht, die

zu gedenken, der für unabhängige und zentrale Arbeitervereinigungen bis zum letzten Atemzuge kämpfte.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegungen der Fabrikarbeiter in Pandsberg a. W. und Pr. Stargard dauern noch fort. Unternommene Einigungsversuche haben sich gescheitert. — In der Lederbranche sind Differenzen zu verzeichnen in Magdeburg, Burg und Merseburg. In den beiden ersteren Orten sind die Weißgerber in eine Lohnbewegung eingetreten. Da der bestehende Tarif am 1. April abläuft, wird versucht, Verbesserungen an demselben vorzunehmen. Es wird gefordert eine Lohnerhöhung und die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. In Merseburg handelt es sich um Lohgerber, die ebenfalls günstige Ausichten auf Erfolg haben. — Der seit längerer Zeit herrschende Kampf in der Leipziger Baumwollspinnerei ist mit einem kleinen Erfolge für die beteiligten Arbeiter beendet worden. Eine Lohnherhöhung konnte nicht erzielt werden, doch wird vom 1. April ab die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt. — In Leipzig unternahm die Arbeiter im Lithographiewerbe den Versuch, einen Tarifvertrag einzuführen. Die Arbeitgeber waren nicht geneigt, diesen Wünschen zu entsprechen, weshalb die Verhandlungen abgebrochen wurden. — In Wilhelmshaven streifen annähernd 1000 bei den Hafen- und Dockbauten beschäftigte Bauarbeiter. — Die Malergehilfen in Münster haben mit dem dortigen Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreicherergerber einen Tarifvertrag abgeschlossen, der einen ansehnlichen Erfolg der Arbeiter darstellt. — Die Lohnbewegungen in Hamburger Hafenbetriebe haben einen glücklichen, für die Arbeiter erfolgreichen Abschluß gefunden. Die Schauerleute vereinbarten mit den Reedern einen Tarif, worin folgende Abzüge festgelegt wurden: Der Tagelohn wird von 4,50 auf 4,80 Mark erhöht. Für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit beträgt der Lohnsatz 5,70 Mk. 6,20 Mk. Für besondere Artikel sollen statt wie bisher 5,10 Mk. 5,40 Mk. bezahlt werden. Für sonstige gesundheitsgefährliche und besonders schwere Arbeiten steigt der Tagelohn von 5,80 Mk. auf 5,60 Mk. Für die Nacht wird bei diesen Arbeiten 6,60 Mk. bezahlt. Für Arbeiten nach Feierabend und für Durcharbeiten der Pausen wird der Stundenlohn um 5 Pf. erhöht. Wird nach Feierabend gearbeitet, so gilt auch bei den Schauerleuten in Zukunft die schon am Kai übliche Vesperpause von 6 bis 6 1/2 Uhr. Auch die Bunkerleute haben einen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen, desgleichen die Maschinisten und Heizer. — Während somit die Bewegungen in Hamburg glücklich beigelegt wurden, haben die Schiffsführer und Matrosen der Winde sowie der größte Teil der Bremer Schleppschiffahrts-Gesellschaft ihre Klage eingereicht. — Die Berliner Barbier besaßen gleichfalls in eine Lohnbewegung einzutreten. Da der alte Tarif abgelaufen ist, soll ein neuer abgeschlossen werden. Der Wochenlohn von 20 Mk. ohne Kost und Logis soll bestehen bleiben. Die Arbeitszeit am Sonnabend soll nicht länger als bis 10 Uhr abends dauern. Auch soll auf gute Kost und Behandlung gesehen werden. — Vor kurzem wurde in Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Mannheim und mehreren anderen Orten die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter beendet. Dieser Tage ist nun ein Tarifvertrag anhande gekommen, der bis zum 1. Januar 1910 Gültigkeit haben soll. In dem Vertrage sind festgelegt die zu zahlenden Mindestlöhne, sowie die Regelung von entstehenden Differenzen zwischen den Organisationen.

Staatliche Altersversicherung in England. Der unerwartet große Sieg der englischen Arbeiter bei den letzten Parlamentswahlen beginnt bereits die Haltung der Regierung zu beeinflussen. Die englische Regierung hat sich im Prinzip einverstanden erklärt, der englischen Arbeiterschaft eine staatliche Altersversicherung zu gewähren. England wird hiermit zum ersten Male seinen Fuß in das Gebiet der sozialpolitischen Versicherungsleggebung setzen — ein Gebiet, auf dem Deutschland bahnbrechend gearbeitet hat.

Des nähern teilt die Londoner „Morning Post“ zur Sache folgendes mit:

Am 15. Februar empfing der Ministerpräsident im Beisein des Finanzministers im Ministerium eine Abordnung von Gewerkschaftern und Gewerkschaftssekretären. Die Abordnung verfolgte den Zweck, die Notwendigkeit einer nationalen Altersversicherung für das englische Volk, Männer und Frauen, darzutun. Die Gewerkschaften wünschten, daß die Rente jedem Bürger oder Bürgerin vom sechszigsten Lebensjahre an in Höhe von 5 Mk. wöchentlich gewährt werde. Die Kosten sollen vom Reiche getragen werden. Herr D. G. Cummings, Vertreter des Gewerkschafts der Kesselmacher und Eisenbahnarbeiter, führte die Abordnung ein.

Der liberale Ministerpräsident Sir H. Campbell-Bannerman teilte der Abordnung mit, daß alle Behörden Großbritanniens die Gewerkschaften als Bevollmächtigte der Arbeiterschaft anerkennen und im Falle von Arbeitslosigkeit mit den Gewerkschaftssekretären unterhandeln würden. Einzelne Fälle müßten allerdings wie bisher behandelt werden. Er sei auch der Meinung, daß es von großem Vorteil wäre, und daß es Mißverständnissen vorbeugen, Krankheitszustände heilen und Streitigkeiten abklären würde, wenn die Behörden in Bezug auf Beschwerden ihrer Angestellten das selbe täten, wie gewisse verständige Arbeitgeber, nämlich: die Vermittlung der Gewerkschaftsvertreter anzuerkennen.

Die staatliche Altersversicherung betrachte er mit Empathie. Obgleich manche Leute, die die Sache nicht näher studiert hätten, sagten, die Altersversicherung bedeute die Unterminierung der Unabhängigkeit des Volkes, glaube er doch, daß die Altersversicherung segensreich wirken würde. Eine so großzügige Reform würde dem Volke das Gefühl der Unabhängigkeit und Sicherheit für seinen Lebensabend geben, Männlichkeit und Mut in Gefahren heben.

Woher das Geld für die Versicherung kommen solle? Diesen interessanten Gesichtspunkt zu erwägen, überlasse er lieber dem Finanzminister (Heiterkeit der Deputierten). Einfach schiene die Finanzierung des Projektes weder ihm noch seinen Kollegen. Sitzungen über Sitzungen aller Art hätten die Schwierigkeiten gezeigt. Grund zum Kleinmut sei trotzdem nicht vorhanden. Er wünsche allerdings nicht für einen von denen gehalten zu werden, die allerlei Projekte ausbrachten, ohne den Kostenpunkt zu bedenken. Er glaube, daß es möglich werde, für einen so wohlthätigen Zweck Staatsmittel flüssig zu machen, wenn nur die Regierung im allgemeinen sparsamer wirtschaftete und weniger ehrgeizige und aufregende Politik treibe. Doch solche Erwägungen gehörten weniger in den Gesichtskreis der Gewerkschaften. Heute dürfe die Abordnung nicht verlangen, daß er auf Heller und Pfennig nachweise, wie sich die Altersversicherung finanziell aufbauen werde.

Der Finanzminister Hr. Asquith schloß sich den Ausführungen des Ministerpräsidenten an. Die Regierung sympathisiere mit den Vorschlägen der Gewerkschaften und werde das ernste und eilige Problem der Altersversicherung möglichst rasch zu verwirklichen trachten. Jedes Wort, das über den gegenwärtigen Stand der Dinge und ihre Unhaltbarkeit gesagt werde, erwecke ein zustimmendes Echo in der Brust der Regierung. Es wäre jedoch eine Frage der Zweckmäßigkeit, seine Hoffnungen zu nähren, ehe man sich nicht im Besitze eines genügend großen Fonds sehe, oder ehe man nicht wenigstens begründete Hoffnungen auf Beschaffung eines derartigen Fonds habe. Zurzeit müsse er offen bekennen, kein Geld für eine Altersversicherung zu besitzen und es bestehe auch keine vor dem Vorschein der Vernunft sich haltende Hoffnung, Geld für diese Zwecke zu erlangen. Es gebe ja einen Weg und zwar nur einen einzigen Weg, um diese und manche andere soziale Reform, die am letzten Ende Geldfragen wären, zu verwirklichen. Dieser Weg sei, alle Ertragsvorgänge in der auswärtigen Politik zu unterlassen, die Staatsschulden zu tilgen und die Staatsfinanzen zu gesunden. Das wäre der erste Schritt zum Ziele der sozialen Reformen und diesen Schritt würde die jetzige Regierung tun.

Die Abordnung der Gewerkschaften dankte dem Minister für seine Sympathie und die Offenheit des Bescheides und verabschiedete sich sodann.

Ueber die Pläne einer Altersversorgung in Frankreich berichtet das „Korrespondenzblatt“ Nr. 25.

Die Haftung des Gastwirts bezüglich der Verkehrssicherheit der zum oder vom Gasthause führenden Wege (Nachdr. verb.) behandelt eine bemerkenswerte Entscheidung des Reichsgerichts vom 24. Juni 1904 (Saisch. Bd. 58 S. 333). Die Pflicht des Gastwirts, die Zugänge zum Restaurant, die er dem Publikum zwecks Besuchs desselben eröffnet, in verkehrssicherem Zustande zu erhalten, hat, so heißt es in den Gründen dieses Urteils, die Begründung eines Schuldverhältnisses (Vertrags zwischen Gast und Wirt) nicht zur Voraussetzung. Sie besteht, ohne Unterschied, ob der Wirt die betreffenden Lokalitäten in Eigentum oder in Pacht hat, kraft des anerkannten Rechtsjages, nach welchem demjenigen, der in Gebäuden oder auf Wegen einen Verkehr für andere eröffnet, die Herstellung und Erhaltung aller Vorkehrungen, die der gefahrlose Verkehr erfordert, obliegt, mit der Wirkung, daß die mangelhafte Erfüllung deren Pflicht zum Schadenersatz verbindet. Der Wirt ist in der Lage, seine Ersatzpflicht mit Erfolg durch den Nachweis abzulehnen, daß er einen Dritten mit Beschaffung der zum gefahrlosen Begehen der Zugänge erforderlichen Vorkehrungen in ausreichender Weise beauftragt, auch bei Auswahl und Beaufsichtigung desselben die erforderliche Sorgfalt betätigt hatte.

Bestellung von Erklärungen an Hausgenossen. (Nachdr. verb.). Diefelben Grundsätze wie für die Frage, wie und wann eine schriftliche Erklärung (ein Kündigung-, Mahnbrief, eine schriftliche Offerte usw.) als dem Adressaten „zugegangen“ anzusehen sei, wendet das Reichsgericht (Urteil in Sachen Sch. c/a. U. 445. 04 V. vom 29. März 1905) auf Erklärungen an, die in Abwesenheit des Erklärungsgegners in seiner Wohnung einer dort anwesenden Person gegenüber zur Mitteilung an den Begner mündlich abgegeben werden. Ein Unterschied ergibt sich daraus, daß an die Mittelsperson erheblich höhere Anforderungen gestellt werden, wenn sie die mündliche Mitteilung ausrichten soll, und daß infolge davon die Gefahr besteht, daß die Erklärung nicht richtig mitgeteilt wird. Der Erklärende muß eventuell nachweisen, daß die Mittelsperson zur Weitergabe der Erklärung geeignet war. Es muß erhellen, daß sie die erforderliche geistige Fähigkeit besitzt. Diese Voraussetzung wird bei erwachsenen Hausgenossen in der Regel anzunehmen sein.

Wie bezüglich der schriftlichen Erklärung ist auch der Zeitpunkt, wann die bestellte Erklärung zugegangen zu beantworten: der Erklärungsgegner muß die in seiner Abwesenheit seinem Hausgenossen,

Agitations- und Organisationsfragen wenigstens in diesem Maße zu lösen, so dürfen wir wohl alle sagen, nach außen und nach innen sind wir vorwärts gekommen. Aber ehe wir das Ziel erreichen, und danach dürfen wohl alle unseren wahrhaftigen, wirklichen Gewerksvereiner streben, dürfen wir auch nicht vor den Hindernissen zurückweichen: das sind die finanziellen Schwierigkeiten! Denn leider haben wir außer den idealistisch veranlagten Kollegen gar zu viele in unseren Reihen, bei denen der Egoismus der Organisation gegenüber zum Ausdruck kommt, die auf unserer Organisation wie Bucherer liegen, die für ihre gezahlten Beiträge hundertfache Zinsen zurückholen. Der Ursprung aller Arbeiterbewegung ist Idealismus gewesen, möge diese Tugend auch in unseren Reihen mehr zur Geltung kommen, zum Wohle der in unserem Gewerksverein vertretenen Berufs-Kollegen und der kommenden Generation.

Nun aber wieder zur Beitragsfrage. Es dürfte wohl allen Kollegen klar sein, daß wir nicht länger mehr bei dem 15 Pfg.-Wochenbeitrag bleiben können. Aber der Streit, der sich darum entspinnt wird, wie weit, wie hoch wir die Beiträge erhöhen können, dürfte gar kein so großer sein, wenn sich alle Kollegen klar darüber wären, daß der Delegiertentag materielle und idealistische Wünsche zu befriedigen hat. Dem bevorstehenden Delegiertentag können alle überzeugten Gewerksvereiner nur zuzurufen, gleich ganze Arbeit auf Jahre hinaus zu machen und nicht wieder mit Schältelei, mit 2, 3 oder 5 Pfg. anzufangen. Wir können viel erreichen, wenn wir viel opfern. Und darum möchte ich alle Kollegen bitten: wenn Anträge beraten werden zum Delegiertentag bezüglich der Beiträge, dann seid Gewerksvereiner, d. h. im wahrsten Sinne des Wortes organisierte Arbeiter und zahlt einen Groschen mehr. Wägen wir auch einige Mitglieder verlieren durch weitgehende Beitragserhöhungen, die bekommen wir mit der Verbesserung unserer Organisation nach innen und außen doppelt wieder. Und unsere Lösung für die Beratungen muß sein: die Bahn frei für den Fortschritt, und wir alle wollen mitarbeiten, den Delegierten die Arbeit zu erleichtern. Arbeiten wir alle in diesem Sinne, dann ist uns vor der Zukunft nicht bange. Aber nicht nur mit Kritizieren ist eine Verbesserung zu erreichen, sondern auch durch Taten müssen wir beweisen, daß wir alle mit dabei sind, wenn es gilt, unsere Organisation in eine neue Wera zu bringen. Und dazu geht der Leistung die Mittel, und der mühevollen Weg, der zu unserem Ziele führt, wird leichter überwunden werden.

J. Fleischer, Köln.

Wannertung der Redaktion. Das Verbandsorgan der Gewerksvereiner kann sehr wohl nach wie vor auch das obligatorische Organ des Gewerksvereins der Graphischen Berufe und Maler bleiben. Ein eigenes Organ für die Graphischen Berufe und Maler müßte so gestaltet werden, daß es auch weitgehenden Ansprüchen Rechnung tragen könnte. Dazu gehören große Mittel. Ein Teil der kleineren Organe ist gar nicht in der Lage, diesen Ansprüchen gerecht zu werden und daher haben sie auch keinen besonderen agitatorischen Wert. Beschreibende Fachliteratur ist aber reichlich vorhanden. Die Wahrnehmung der allgemeinen Arbeiterinteressen, auf die es für unsere Gewerksvereine in der Hauptsache ankommt, kann erfolgreich gesehen nur durch ein Organ, das Ansehen und Einfluß auch in den Kreisen der Sozialpolitik und Parlamentarier hat gewinnen können. Unser Verbandsorgan erfreut sich dieses Ansehens in weitem Maße. Wenn die Mitglieder des Gewerksvereins der Graphischen Berufe und Maler besondere Fragen für die Hebung ihrer Berufsangelegenheiten zur Geltung bringen wollen, so kann dies viel wirksamer durch den Gewerksverein geschehen, als es durch ein kleines Organ des Gewerksvereins möglich ist. Dieser Auffassung war bisher auch der Gewerksverein der Graphischen Berufe und Maler, denn als vor nicht allzu langer Zeit eine Urabstimmung über die Gründung eines eigenen Organs erfolgte, hat die übergroße Mehrheit der Mitglieder sich gegen diesen Plan ausgesprochen.

Wochenchau.

Berlin, 6. März 1906

Die Begründung des freisprechenden Urteils des Düsseldorfser Landgerichts betreffs die Schadensersatzklage der Firma Werner & Bardach gegen die drei Arbeiterorganisationen liegt nun vor. Die entscheidende Stelle lautet:

„Ein Kontraktbruch der aus Kündigung angestellten Arbeiter liegt nicht vor, indem am 1. Juli die Firma einseitig ohne Genehmigung des Vertragsgegners den vereinbarten Tarif aufhob und durch eine neue Arbeitsordnung ersetzte. Die Arbeiter waren durch dieses Vorgehen berechtigt, die Arbeit ohne Innehaltung der vereinbarten Kündigungsfrist niederzulegen. Was weiterhin die von der Klägerin angeführten Auswüchse des Streikpostenstehens anlangt, so können für diese illoyalen Handlungen die beklagten Verbände nicht verantwortlich sein. Die Statuten der Verbände heben übereinstimmend hervor, daß der Zweck der letzteren nur auf gesetzlichem Wege erreicht werden solle. Dafür, daß auf Veranlassung der Beklagten von dieser statutarischen Bestimmung abgegangen sei, hat die Klägerin einen Beweis nicht angetreten. Die fernere Aufforderung in der Presse „Zwang ist mit allen Mitteln fernzuhalten“ enthält nichts Ungeheuliches oder Unsitliches. Sie stellt nur einen Appell an die Arbeiter dar, den Ausstand zu unterstützen und dem Willen des Arbeiters ist es überlassen, ob er dem Appell folgen will oder nicht. Auch die den ausständigen Arbeitern seitens der Verbände gewährten Geldunterstützungen vermögen eine Schadens-

ersatzpflicht im Sinne der angezogenen §§ 826 und 831 des BGB. nicht zu begründen. Die Absicht der Beklagten war es nicht, Ungeselligkeiten zu unterstützen; sie ließen lediglich den ausständigen Arbeitern ihr Geld zukommen, weil sie den Ausstand als begründet ansehen. Wenn einzelne Meister, die Geld erhielten, sich strafbar machten, so ist damit nicht die Billigung dieser Handlungen gegeben und vor allem auch nicht, daß diese Geldunterstützungen ursächlich zu dem der Klägerin zugesügten Schaden sich verhalten. Die Klage ist demgemäß kostenpflichtig abzuweisen.“

Die unterlegene Firma hat Berufung an das Kölner Oberlandesgericht eingelegt. Öffentlich stellt sich auch diese höhere Instanz auf den gleichen Standpunkt.

Am 3. März waren hundert Jahre verfloßen seit dem Tage, an welchem Emil Roghmähler das Licht der Welt erblickte. Viele unserer Leser werden fragen, wer war denn Roghmähler? Was waren seine Taten und seine Werke? Jedoch jedem, der die Arbeiterbewegung in ihrer geschichtlichen Entwicklung kennt, dem wird auch der Name Roghmähler nicht mehr unbekannt sein. Von Beruf namhafter Naturforscher und Volksschriftsteller, beschäftigte er sich dauernd mit Arbeiterfragen, insbesondere mit den Bildungsfragen. Diese Tätigkeit machte es natürlich, daß er in Arbeiterkreisen verkehrte und auf diese Weise in die Arbeiterbewegung mit hineingezogen wurde. Die Arbeiterbildungsvereine waren zu Ende der fünfziger Jahre von neuem im Entstehen begriffen — die nach 1848 folgende Reaktion hatte sie niedergedrückt —, und da machte es sich Roghmähler zur Hauptaufgabe, diese Vereine zu fördern und durch rege Mitarbeit zu unterstützen. Der erste dieser Bildungsvereine in der neuen Periode wurde 1860 unter seiner Mitwirkung in Leipzig gegründet, der es bald zu einer ansehnlichen Mitgliederzahl brachte. Auch an anderen Orten entstanden Arbeiterbildungsvereine, sodas nimmere der erste Zusammenschluß der Arbeiter auf neutralem Gebiete als vorzüglich gelungen angesehen werden mußte. Leider dauerte der Friede in den Bildungsvereinen nicht lange. Im April 1863 kam Lassalle mit seinem Antwortschreiben an das Leipziger Komitee zur Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, welches den Jähstoff zu einer völligen Verwüfung im Leipziger Arbeiterbildungsverein führte. Roghmähler jedoch verzagte nicht, sondern hielt den Anfeindungen Lassalles tapfer stand. Der Sozialdemokrat Julius Bahstsch, ein Zeitgenosse Roghmählers, urteilt über diesen folgendermaßen: „Seine aufopfernde, pflichttreue Tätigkeit kann nicht rühmend genug hervorgehoben werden. Wenn sich in Leipzig eine Anzahl Arbeiter zusammensuchen konnten, die mit einer für die damalige Zeit bemerkenswerten Klarheit die Situation erfaßte, dann ist das sicher indirekt ein Verdienst Roghmählers. Er hat dem Sturme der Reaktion stolz, aufrechtstehend, Trotz geboten und durch seine populärwissenschaftlichen Vorträge sowohl als auch insbesondere durch sein aufopferndes Wirken das Denken und Vorwärtstreben wenigstens bei einem kleinen Teile der Bevölkerung wach erhalten.“

Inzwischen war die Zahl der Anhänger von Lassalle größer geworden. Im Gegensatz von Lassalles Antwortschreiben, welches sozialistische Lehren enthielt, verbreitete Roghmähler eine neutrale Flug-schrift, welche überall gern gelesen wurde. In derselben führte er einen scharfen Kampf einerseits gegen die unter der Leitung der orthodoxen Kirche stehenden Volksschule, andererseits gegen Lassalle, der es wage, die Arbeiterbildungsvereine für seine politischen Zwecke dienstbar zu machen. „Dem Arbeiter tue vor allem Kenntnis der Natur not, denn mit heuchlerischem Augenverdrehen lassen sich keine besseren Stiefel und kein dauerhafterer Kad machen.“

Da anfangs die Verhältnisse in Leipzig für Lassalle ungünstig lagen, wurde von diesem die Werbearbeit in anderen Gegenden fortgesetzt. Roghmählers Bemühungen, die Lassalle'sche Agitation von Leipzig gänzlich fernzuhalten, mißlang. Er entschloß sich daher, von der Leitung des Arbeiterbildungsvereins zurückzutreten, zumal auch das Leipziger Zentralkomitee das Antwortschreiben Lassalles als das Manifest der deutschen Arbeiter angenommen hatte. Der Leipziger Arbeiterverein ging zu Lassalle über. Auch Bebel, der früher an der Seite Roghmählers kämpfte, wurde gleichfalls Anhänger der sozialistischen Lehre. Die letzte Tat Roghmählers bestand in der Teilnahme an dem ersten Delegiertentag der deutschen Arbeitervereine, der im Juni 1863 in Frankfurt a. M. tagte, und bei welcher Gelegenheit er nochmals zur völligen Einigkeit unter den Arbeitern und deren Vereine ermahnte. Jedoch umsonst. Wie die spätere Entwicklung zeigte, beugte sich die Mehrzahl der Arbeiterbildungsvereine dem dogmatischen Treiben der Sozialisten und nahmen den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft auf. Roghmähler jedoch erlebte den weiteren Werdegang der Bewegung nicht mehr. Er starb am 8. April 1867.

Der Arbeiterschaft hat Emil Roghmähler große Dienste geleistet. Nur er war es gewesen, der durchdrungen war von dem Bewußtsein und auch zuerst dafür kämpfte, daß zum Kampf im Leben Bildung und Wissen gehören. Zwar hat die Arbeiterschaft in unserem Verbandsanwalte eine neue Ersatzkraft erhalten, die mit Energie, Weisheit und Ausdauer wie selten einer den von Roghmähler geäußerten Gedanken verbreitete. Hätte Roghmähler es erlebt, so hätte er neben Max Hirsch, Schulze-Delitzsch und Franz Dunder an der Gründung der Gewerksvereine teilgenommen. Darum haben vor allem die Deutschen Gewerksvereine Grund und Ursache, eines Mannes dankbar

3. B. seiner Frau gegenüber abgegebene Erklärung als ihm im Zeitpunkt der Erklärung an seine Frau zugegangen gelten lassen. Fragt es sich, welcher von zwei sich widersprechenden Erklärungen der zeitliche Vorrang gebühre (3. B. zwei verschiedenen Offerten, die ein Verkäufer um 5 und um 6 Uhr an die Frau eines abwesenden Respektanten bestellt), so ist nicht entscheidend, welche zuerst zur Kenntnis des Empfängers gekommen ist, sondern welche ihm zuerst zugegangen, d. h. im vorliegenden Falle seiner Frau zuerst bestellt worden ist.

Das es nicht unbedeutlich ist, wichtige Erklärungen mit rechtlichen Folgen mündlich „bestellen“ zu lassen, wird schon aus dem Vorigen recht deutlich. Kann sich aber der „Erklärende“ vor den Gefahren schützen, indem er den Brief wählt, — so ist der Adressat in einer recht unangenehmen Lage, wenn er mit beschränkter oder böswilligen Hausgenossen zusammenlebt, die die Erklärung unterdrücken. Es bleibt abzuwarten, ob das Reichsgericht für solche Fälle die starren Sätze nicht irgendwie mildern wird.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Fürstentum (Spreewald).
Der Ortsverband besteht aus 4 Vereinen mit 286 Mitgliedern. Derselbe erlebte seine Geschäfte in 6 Sitzungen, 5 Versammlungen, 1 öffentlichen Versammlung und 5 kombinierten Ausflügen.

Als erste im neuen Jahre wurde eine Ortsverbandsversammlung am 8. Februar abgehalten, in welcher Genosse K a e s e - G o l t s u s über Konsumvereine sprach. Ein Antrag, 30 Mk. für die streikenden Bergarbeiter zu bewilligen, wurde angenommen. Zum 27. März wurde eine öffentliche Gewerkeversammlung einberufen, in welcher Genosse J o r d a n - B e r l i n sprach über: „Welche Lehren ziehen wir aus dem Streik der Berliner Metallindustrie?“ Der Vortrag gab jedem ein klares Bild über den Kampf und trat die Versammlung regte in die Diskussion ein. In der am 8. April abgehaltenen Ortsverbandsversammlung sollte ein Diskussionsklub gegründet werden, doch wurde selbiger verschoben, da der Referent nicht erschienen war. Es wurde ein Genosse gewählt, mit dem Auftrag, den Diskussionsklub in Berlin zu besuchen. Am 6. Juni fand eine außerordentliche Ortsverbandsversammlung statt, in der aber nur innere geschäftliche Sachen erledigt wurden. Von dem Abgeordneten, der zum Diskussionsklub entsandt war, wurde ein ausführlicher Bericht gegeben. Auch wurde die Gründung eines Gesangsvereins angeregt, doch wurde man sich darüber nicht schlüssig. In der am 27. Juli abgehaltenen Ortsverbandsversammlung hielt Genosse R e u f e r t einen Vortrag über die Gewerkegerichte, doch hat dieser Vortrag insofern seinen Zweck verfehlt, als die Versammlung sehr schwach besetzt war und es zu bedauern ist, daß die Mitglieder kein Interesse für solche Sachen haben.

Die letzte Ortsverbandsversammlung brachte außer geschäftlichen Sachen eine allgemeine Aussprache über Gewerkegerichte, welche sehr gut war und wurde eine Kommission von 8 Mitgliedern verpflichtet, mit dem Ortsverbandsausschuß die Vorarbeiten für die Gewerkegerichtswahlen zu erledigen.

In gemeinsamen Einrichtungen sind vom Ortsverband geleistet worden: 1. Unterstützung an durchreisende Gewerkevereine, 2. Beihilfe an ausgesteuerte Mitglieder, 3. gemeinsamer Kohlenbezug. Der Vorstand des Ortsverbandes hat allen Mitgliedern der einzelnen Gewerkevereine, welche tätigen Anteil an dem Gelingen der Gewerkevereinsangelegenheiten haben, speziell den Kommissionen, seinen herzlichsten Dank ab und fordert alle Mitglieder auf, im neuen Jahre kräftig mitzuwirken zum Besten unseres Ortsverbandes und zum Wohle unserer Deutschen Gewerkevereine.

Albert R i t z, Verbandschriftführer.

Ortsverband Krefeld.

Am 15. Januar 1905 übernahm der Ausschuß die Geschäfte und gleichzeitig eine Menge noch unerledigter Arbeit. Gleich will ich eins einschalten: Bei der Wahl der Vertreter in den einzelnen Ortsvereinen wird meistens nicht in der richtigen Weise verfahren. Statt zu bedenken, was der Gewählte alles zu befehlen hat und danach dann einen geeigneten Kandidaten aufzustellen, wird einer gegrieffen, der gerade da ist und der dann zur Übernahme des Amtes überredet wird, bis er widerwillig zugibt. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß hier seit Bestehen des Ortsverbandes jedes Jahr ein neuer Ausschuß zusammentrat, jeder hielt sein Amt nur ein Jahr und so ist es auch heute wieder. Man braucht sich da nicht zu wundern, daß überhaupt noch etwas erreicht wird. Von größeren Arbeitskämpfen ist der Verbandbezirk verschont geblieben, nur aus der Ferne hörten wir den Schall der Kriegstrompeten, und da haben wir dann aus der Ferne die D. B. der Maschinenbauer Krefeld II pro Kopf über 2,00 Mk. an Sammelgeldern aufgebracht. Im Januar herrschte in der Eisenbahnwerkstätte Oppum große Aufregung über das höchst sonderbare Vorgehen der Verwaltung gegen die Arbeiter. Die Angelegenheit wurde von unserem Kollegen G o l d s c h m i d t i n K a n d l a g e zur Sprache gebracht und ist so überall hin bekannt geworden. Dem Umstand ist es auch mit zu danken, daß ein vom Ortsverband in Oppum einberufene öffentliche Versammlung so gut besucht war. Kollege Z i e g l e r sprach in würdevoller Weise über die Lehren aus dem Bergarbeiterstreik. Infolge des Verhaltens des Kassierers des früheren D. B. Krefeld I hatte die Versammlung nicht den gewünschten Erfolg. Ueberhaupt ist für die Gewerkevereine bei den Eisenbahnarbeitern nicht viel zu machen. Hier müßte ein besonderer Gewerkeverein der Eisenbahner zustande gebracht werden, weil es dann eher möglich wäre, dem Erzieherverband Konkurrenz zu machen oder mit ihm zusammen zu arbeiten. Aus dem Gewerkeverein der Maschinenbauer sind die Eisenbahner im Laufe der Jahre infolge der 3 Millionen-Kasse zum größten Teile ausgetreten, weil diesen Leuten die Beiträge bei uns zu hoch sind. Mit dem Bergarbeiterstreik beschäftigt sich auch eine öffentliche Versammlung in Hirschlag, die vom Ortsverband veranstaltet war. Hier hatte Kollege S o w a j das Referat übernommen. Die anwesenden Maschinenbauer traten fast alle dem Gewerkeverein bei und schlossen sich dem D. B. Krefeld II an. Als im Sommer 1905 in Rheinland-Befahren der Bierdopplott ausbrach, schloß sich der Ortsverband

aus Solidarität an. Im weiteren Verlaufe desselben wurde dann vom Ausbreitungsverband ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Ortsverbände erreicht, das nachher zur Einstellung jeder aktiven Mitarbeit führte. Von dem Flugblatt: „Die Gewerkevereine und der Bierdopplott“, das über die Gründe zu diesem Schritt Aufklärung brachte, wurde von der hiesigen „Niederrh. Volkstg.“ (Zentrumsblatt) der Zeit abgedruckt, der sich mit den Sünden der freien Volkswirtschaften und der Sozialdemokratie befaßte, worauf dann die „Niederrh. Volkstribüne“ (soziald.) in bekannter Weise antwortete. In einer bei der Gelegenheit abgehaltenen kombinierten Sitzung wurde vom Ausschuß der Anstoß zur Verschmelzung der beiden Maschinenbauer-Ortsvereine gegeben, die dann auch schnell zustande kam und gute Früchte bringen wird. In der zweiten Ortsverbandsversammlung hielt der unterzeichnete Schriftführer einen Vortrag über: „Die verschiedenen Wege zur Erreichung unserer Ziele“, der viel zur Aufklärung beitrug. Leider war die Versammlung schlecht besucht, ebenso die nächste, worin Herr S a n z - Mülheim a. Rh. über die Konsumvereine sprach. Der Vortrag war die direkte Veranlassung dazu, daß sich eine größere Anzahl Gewerkevereiner dem Konsumverein „Solidarität“ anschloß, doch muß sich die Zahl noch weiter vergrößern. In Sachen der Arbeitssteuerung, die uns der Spätsommer besetzte und die auch jetzt noch anhält, wurde in derselben Versammlung eine Resolution angenommen, worin die Stadtverwaltung gebeten wurde, den Verkauf von Geschenken zu Einkaufspreisen zu übernehmen, weil von der Regierung ja doch keine Abhilfe zu erwarten sei. Seit der Zeit werden in der Wirtshausleerzeitliche Festschmäusche durch die Stadt abgehalten, die sich gut bewährt haben.

Im Auftrage des Ausschusses wandte sich Unterzeichneter im Juni an die Vorsitzenden der beiden hier bestehenden Gewerkschaftskartelle, um ein gemeinsames Vorgehen der drei Richtungen zugunsten einer Erhöhung des ortslässigen Tagelohnes herbeizuführen. Von christlicher Seite wurde in zustimmender Weise geantwortet, doch ge'teten, zu warten, bis der Eisenbahner Streik zu Ende wäre. Inzwischen beschäftigten sich die Mitglieder des Gewerkegerichts mit der Sache und äußerten sich gutachtlich für eine Erhöhung auf 3,00 Mk. Da noch immer kein Ende des genannten Streiks abzusehen war, traten wir nochmals an den Vorsitzenden des christlichen Kartells heran mit dem Ansuchen, nicht länger zu warten. Darauf erhielten wir die Antwort, daß nun, nachdem das Gewerkegericht sich geäußert hätte, ein Vorgehen keinen Zweck mehr habe. Jetzt erhielten wir auch von dem „freien“ Kartellvorsitzenden eine Antwort in demselben Sinne. Dadurch wurde aus der Anregung nichts. Bis jetzt hat man aber von einer Erhöhung des ortslässigen Tagelohnes noch nichts gehört, und nun sehen die Christlichen ein, daß doch vorgegangen werden muß und machen eine Agitationsnummer aus der Angelegenheit, indem sie für sich allein Eingaben machen und Versammlungen abhalten.

Um in Krefeld dem Gewerkeverein wieder zu Ansehen zu verhelfen, ist es unbedingt notwendig, Ortsvereine der anderen Berufe zu gründen, besonders in der hier am stärksten vertretenen Textilindustrie. Von dieser Erkenntnis aus hatte bereits 1904 der jetzige Ortsverbandsvorsitzende Verhandlungen angeknüpft mit leitenden Personen des früheren Niederrheinischen Arbeiterverbandes, um sie zur Gründung eines Hirschlag-Duisburger Ortsvereins der Textilarbeiter zu bewegen, da der vorgenannte Verband nicht mehr voran kommen kann. Die Sache schlug fehl, weil der Generalrat der Textilarbeiter erklärte, nicht von der im Staat für die Aufnahme vorgeesehenen Altersgrenze abgehen zu können; weil nun die über 40 Jahre alten Weber nicht in die jüngeren nicht aufnehmen. Noch fest ist unsere Hoffnung auf den Beleg anderer Genossen wurde eine acht große Seiten Maschinenfabrik füllende Denkschrift zugesandt mit der Bitte, den Kollegen entgegenzukommen. Vergessen! Der Delegiertentag gab dem Generalrat recht. Im Oktober nun hatten wir den neuen Agitationsbeamten der Stuhlarbeiter, Kollegen E i b e l, hier, der in einer Ortsverbandsversammlung über die letzten großen Ausprägungen sprach. Trotz allem waren hier einige der Kollegen anwesend und sie erklärten nach persönlicher Aussprache mit Eibel, und da in dem neuen Statut die Altersgrenze fehlte, die Gründung eines Ortsvereins zu versuchen. Nun besteht der Ortsverein und langsam finden sich die Kollegen ein. Während man schon längst einen blühenden Ortsverein haben konnte, mühen wir uns jetzt ab, den bestehenden zum Wüthen zu bringen und es muß gelingen. Kurz vor Jahreschluss gelang es noch, einen D. B. der Tischler zu gründen. Mit Hilfe eines Mitgliedes der Maschinenbauer, der dem Beruf angehört, waren zuerst einige Genossen als Einzelmitglieder beigetreten. Der Einzelmitglieder wurden immer mehr, sobald zur Gründung eines Ortsvereins Übergang gemacht werden konnte. Dem Kollegen B o s h e d - B i e r s e n haben wir es zu verdanken, daß in dem benachbarten Hirschlag die dort bestehende Filiale des Niederrheinischen Arbeiterverbandes geschlossen zum Gewerkeverein der Stuhlarbeiter übertrat, sobald er nun im Bunde der dritte neue Ortsverein wurde. Wie bereits oben angeführt, stehen wir in freundschaftlichem Verhältnis zu dem hier bestehenden Konsumverein „Solidarität“. Das gilt auch von dem evangelischen Arbeiterverein zu Krefeld, der es mit uns ablehnte, sich an der von christlicher Seite zu bildenden sozialen Kommission zu beteiligen. Das so schlecht begonnene Jahr wurde nachden besser für uns, mit dem Erfolge wuchs die Arbeitsfreudigkeit. Um nun besser arbeiten zu können, beantragten wir beim Zentralrat einen Agitationsaufschlag von 30 Mk.; der Antrag wurde abgelehnt. Das war der zweite Vermissschlag. Der alte Ausschuß muß nun eine Menge in Angriff genommener Arbeit und eine fast leere Kasse dem neuen Ausschuß übergeben. Was er damit anfangt? Wer kann's wissen? In 7 Versammlungen, davon 2 öffentlichen und 6 Sitzungen, wurden die Geschäfte erledigt, ungerührt die zu Hause erledigten Arbeiten und das war nicht wenig. Im September hatten wir ein größeres Fest veranstaltet, das aber total verregnete. Im vorigen verließ das Fest gut und brachte einen kleinen Reberschlag. Wegen der aufgeregten Bestrebte setzte es noch eine kleine Diskussion in der nächsten Versammlung ab. Seit Mitte Dezember arbeitet der eine Zeitlang einschläfernde Diskussionsklub wieder, hoffentlich mit größerem Erfolg. Hier müßten nur mehr die jüngeren Kollegen herangezogen werden, deren Beteiligung ist noch zu schwach. Das wäre unser Tätigkeitsbericht. Mit einer größeren Zahl von Ortsvereinen und Mitgliedern treten wir in das neue Jahr, das wieder neue Arbeit und neue Erfolge bringen wird. Für Krefeld bringt es voraussichtlich die Gewerkegerichtswahl. Zum ersten Mal wird nach dem Proportionalssystem gewählt. Laut Beschluß der 2. Ortsverbandsversammlung werden wir uns beteiligen und versuchen mit hinein zu kommen. J. E d e n

Drisverband Hadersberg.

Der Drisverband erledigte seine geschäftlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten in neun Vorstandssitzungen, fünf kombinierten Ausschusssitzungen, einer Wahlauschusssitzung betr. die Gewerbegerichts Wahl, drei Drisverbandssammlungen und einer öffentlichen Gewerkeversammlung. Als Referent in dieser Versammlung sprach Agitationsbeamter Fritz Berndt. Dresden über das Thema: „Die neuen Handelsverträge.“ Genosse Berndt erledigte seinen Vortrag in sehr trefflicher Weise und forderte alle den Gewerbetreibenden fernstehende Arbeiter auf, sich demselben anzuschließen, da nur durch eine selbstgeschaffene Organisation die wirtschaftliche und soziale Lage des Arbeiters verbessert werden kann. Denn die Lebensmittel werden durch den in Kraft tretenden neuen Zolltarif um ein Bedeutendes gesteigert werden und dementsprechend muß auch jeder Arbeitnehmer seine wirtschaftliche Lage zu verbessern suchen, um nur annähernd so leben zu können, wie es ihm zukommt. Selber wird durch das Vorgehen der Arbeitgeberorganisation fast jede in der bestmöglichen Weise geforderte Lohnerhöhung zurückgewiesen und mit einer Vielzahl größerer Ausperrungen beantwortet. Daher ist es eines jeden noch nicht organisierten Arbeiters Pflicht, sich zu organisieren. Das vergangene Jahr war für die hiesigen Genossen ein arbeitsreiches. Da im Frühjahr von den in der Firma Vereinigte Eisgießerei Werke beschäftigten Kollegen (Abteilung Eisstrahl und Röhrenmübel) Forderungen gestellt wurden, welche, da eine friedliche Einigung nicht erzielt werden konnte, erst nach siebenwöchigem Streik teilweise anerkannt und von der Firma bewilligt wurden. Vom Drisverein der Tischler waren 86 beteiligt. Der Drisverein der Maschinenbauer wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen, indem von der Firma, welche keine Beschäftigung für die Klempner mehr hatte, da der Vorrat an Eisstrahlen und Aufwandsarbeiten aufgearbeitet war, daß 40 Mann ausgeperrt wurden. Sämtliche an dem Streik und an der Ausperrung beteiligte Genossen haben gezeigt, daß sie Mann für Mann fest entschlossen waren, den Streik weiter zu führen, im Falle, daß die Firma die gestellten Forderungen nicht bewilligt hätte. Es wurde auf äusseres Vorgehen und Ersuchen der Genossen bei den in Frage kommenden Organisationen von der Firma anstatt der bis jetzt üblichen 60 stündigen Arbeitszeit die 58 stündige Arbeitszeit eingeführt. In dem hier stattgefundenen Streik vertrat die Interessen des Drisvereins der Tischler Agitationsleiter Genosse Kerner, Langensöld und vom D.-B. der Maschinenbauer Agitationsbeamter Genosse Fritz Berndt. Dresden. Selber wird von seiten der Holzarbeiter sowie des Metallarbeiterverbandes Jowitz in die Reihen der organisierten Genossen gezogen, indem sie bei der geringsten Gelegenheit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und auf die brutalste Weise verächtlichen und von unserer Seite die Genossen für ihre Organisation zu gewinnen suchen. Meistens sind es die feigensten Mittel, die angewendet werden und von unserer Seite auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden müssen. Wir machen es jedem Kollegen zur Pflicht, sich nicht von seiten der Gewerkschaften beeinflussen zu lassen und die Statuten einmal richtig miteinander vergleichen zu wollen, wo die Genossen den Passus finden werden, daß die Unterstützung auf fester Grundlage gewährt wird. Wir fordern alle Genossen auf, ihrem Grundsatze treu zu bleiben, und sollte es hier wieder zum Kampf kommen, wird ein jeder Genosse schon seine Pflicht erfüllen. Bis jetzt haben wir Gewerkekollegen stets das Interesse der Arbeiter vertreten und wir wünschen nur, daß es ebenso von den Gewerkschaften vertreten wird; die Mitgliederzahl spielt hier keine Rolle; denn dem ganzen Anschein nach ist es den freien Gewerkschaften nur um möglichst viel Mitglieder zu tun, das andere ist alles Nebenache. In Bergnügen hatte der Drisverband ein Sommerfest und ein Weihnachtsvergügen veranstaltet. Ersteres war gut, letzteres schlecht besucht. Weiter fanden zwei Theateraufführungen für Erwachsene und für Kinder statt, welche gut besucht waren. Der Drisverband wünscht und hofft, daß auch fernerhin die drei hiesigen Drisvereine den Drisverband nach Kräften unterstützen und die Einigkeit so bleiben möchte, wie sie bisher bestanden hat. Von der Gewerbegerichts Wahl müßten wir leider absehen; da durch ein kleines Versehen unsere Liste nicht vollständig war und daher vom Stadtrat nicht anerkannt wurde. Frisches Arbeiten heißt dem Drisverband bevor in geschäftlichen sowie in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Rudolf Kreibitz, Schriftführer.

Drisverband Leuchera und Hungenberg.

Der Drisverband erledigte seine Geschäfte in vier Ausschusssitzungen und vier Versammlungen. Der Drisverband besteht gegenwärtig aus sechs Drisvereinen und zwar aus fünf der Fabrik- und Handarbeiter und einem der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Die erste Versammlung befaßte sich vorwiegend mit Kranenlosangelegenheiten. In der zweiten Versammlung wurde vom Vorsitzenden eine Broschüre über Unfallgesetz verlesen, die einer lebhaften Besprechung unterzogen wurde. In der dritten Versammlung wurde vom Vorsitzenden eine Ansprache gehalten, in welcher er den Tod des Herrn Dr. Max Hirsch beklagte, worauf sich die Versammlung zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Hieraus sprach Kollege Kujzen (Wittorf) über die soziale Versicherungsfrage. In der vierten Versammlung sprach Kollege Lehner über die Organisation der Deutschen Gewerkevereine. Der Redner schilderte die Anfänge der Deutschen Gewerkevereine und betonte hierbei, daß die Gewerkevereine hauptsächlich waren, denn die Gewerkschaften haben ihre Einrichtungen den Gewerkevereinen nachgeahmt. Der Besuch der Versammlungen war nicht genügend, jedoch hat es am Ende des Ausschusses nicht gefehlt. Hoffentlich tun im neuen Jahre die einzelnen Vereine ihre volle Schuldigkeit. Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 872. Auf mit großem Mut zur Agitation in unserm Drisverband.

Oswald Reusch, Schriftführer.

eingehenden Bericht. Unter Einnahme und Ausgabe sind hervorgehoben: Mk. 9155,92 an Beiträgen. Für Krathonor, Arnet, Krankenhaus-Entschädigung und Massage wurden Mk. 7455,34 ausgegeben. Mk. 1200 konnten in Wertpapieren angelegt werden, davon wurden Mk. 600 dem Referendats überwiesen. Das Gesamtvermögen betrug laut Kurzwert vom 30. Dezember 1905 Mk. 10772,14 davon entfallen auf den Referendats Mk. 7891,90 und auf den Betriebsfonds Mk. 2880,24. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1047 wovon 817 die Kasse in Anspruch nahmen. Seit dem 20-jährigen Bestehen des Medizinalverbandes wurden Mk. 111417,57 für Krathonor, Arnet, Krankenhaus-Entschädigung und Massage ausgegeben. Nachdem noch einige von den Mitgliedern gestellte Fragen ihre Erledigung fanden, wurde auf Antrag der Revision dem Hauptkassierer Decharge erteilt. Hierauf erfolgte unter Zustimmung der Mitglieder die Änderung der §§ 2 und 11 der Kassen- und Geschäftsordnung. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, sowie der Revision, als Kontrolleur wurde Kollege Berthold gewählt. In dem wir hoffen, daß die Mitglieder mit Interesse vorstehenden Bericht entgegen nehmen, wünschen wir, daß sie das gleiche Interesse zum Besuch der Generalversammlungen zeigen mögen. Es ist bedauerlich konstatieren zu müssen, daß die Generalversammlung trotz genügender Besamtmachung in den 50 Ortsvereinen, die an den Medizinalverband beteiligt sind, im ganzen „mit dem Verband“ nur von 11 Personen besucht war.

§ Oldenburg i. Gr.

Am 16. Februar sprach Herr Lange aus Hannover in einer vom Drisverband einberufenen Versammlung über das Thema: „Protest gegen die Braukauer.“ Die Versammlung war gut besucht. Es fehlten auch die Verbändler nicht, die an dem sehr verständlichen Vortrag immer noch etwas auszusagen hatten. Die immer leblichere sie nicht bei der Sache, sondern Arbeiterbewegung von März-April vorigen Jahre zur Sprache. Kollege Sandhoff wies die Angriffe mit kurzen Worten zurück und bemerkte, daß der Gewerkeverein seine Wege allein zu finden wisse. Würde wieder eine Bewegung eintreten, so würden auch dann die Gewerkevereiner ihre Maßregeln treffen. Die Verbändler bekräftigten ihre Angehörigkeit zur Sozialdemokratie, wurden aber von den Kollegen Lange und Sandhoff eines Besseren belehrt. Sandhoff wurde vorgeworfen, daß er sich in die Brauerbewegung mischt, obwohl er kein Brauer sei, erwähnten aber nichts davon, daß sich seitens der Verbändler Schneider, Schriftföhrer usw. hineinmischen. Im übrigen verlief die Versammlung gut. Es wurde folgende Resolution vom Vorsitzenden Helge verlesen, welche einstimmig (die Verbändler eingeschlossen) angenommen wurde: „Die heutige Versammlung vom 16. Februar 1906, bei Herrn Kadenmeister in Donnerstee abgehalten, protestiert gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Braukauer. Sie erhebt in dieser Steuer eine Belastung, welche die arbeitenden Klassen, die ohnehin schon genügend mit indirekten Steuern belastet sind, nicht mehr tragen können.“

§ Stolp i. Pommeren.

Am 22. Februar erschien im Stettiner „Volkboten“ ein gegen unsere hiesigen Gewerkevereine und insbesondere den früheren Vorsitzenden des Drisverbandes gerichteter Schimpfartikel. Verfasser dieser erfundenen Angriffe ist der Kartellvorsitzende der sogenannten freien Gewerkschaften in Stolp. In kindlich einfältiger Weise wird unser an dem hiesigen Magistrat gerichteter Antrag, den ortsüblichen Tagelohn von 1,80 Mk. auf mindestens 2,50 Mk. zu erhöhen, kritisiert. Wären wir Sozialdemokraten, so hätten wir natürlich den Antrag gestellt, den ortsüblichen Tagelohn von 1,80 Mk. auf 13 Mk. den Tag zu erhöhen. Auf Leute, die den Sinn der Sache selbst nicht überdenken können und die nicht darauf sehen, was man erreichen kann, mag es Eindruck machen, wenn man die Forderungen möglichst hoch stellt. Die Gewerkschaften bestehen hier 10 Jahre. In dieser ganzen Zeit haben sie aber praktisch absolut nichts erreicht. Aber das häßlichste allgemeine rabulater Lebenssitten sind die Herrschaften noch nicht hinausgekommen. Unser Drisverband war es, der die Gründung eines Bauvereins angeregt und durchgeführt hat. Mancher Arbeiter, der heute in einer gefunden und preiswerten Wohnung wohnt, weiß, wenn er dies zu danken hat. Wir Gewerkevereiner waren es, die zuerst die Anregung gaben, in Stolp ein Gewerkegericht zu errichten und auch mit diesem Streben haben wir Erfolg gehabt. Ferner ist von uns angeregt worden, die Errichtung einer häßlichen Barmherzigkeitskassa und einer Volksbücherei. Wo haben denn die Gewerkschaften, die den Mund immer so voll nehmen, als wären sie aktiv in der Wahl der Vertreter der Arbeiter, auch nur einen einzigen Erfolg auf den Gebieten der Hygiene, des Rechts und der geistigen Fortentwicklung der Arbeiter zu verzeichnen, was haben sie auch nur an nützlichen Anregungen geleistet? Allerdings sind ihnen unsere Erfolge sehr unheimlich, sie schweigen sie darum tot und schimpfen auf uns, um den Bild von ihrer eigenen Unfähigkeit möglichst abzulenken. Frech, wie diese Gesellschaft nun einmal ist, macht sie uns den Vorwurf, daß wir niemals eine Lohnaufbesserung in die Wege geleitet hätten. Dabei weiß jedes Kind, daß es die Gewerkschaften nicht waren, die 1898 für die Tischler eine erfolgreiche Lohnaufbesserung erlangten. Dieses Verdienst gebührt allein unserm Drisverein der Tischler und Drechsler, der durch die Energie seiner Führer, die allerdings nach dem Streik gemahregelt wurden, die Lohnaufbesserung erkämpfte. Die Holzarbeiterverbändler fielen damals noch in den Kinderschuhen. Wir machen nicht viel von uns reden, wenn wir ein gutes Werk verrichtet haben. Es ist uns wiederholt gelungen, Lohnaufbesserungen, durchzuführen. Noch vor 8 Wochen haben die Arbeiter der hiesigen Stärkefabrik durch unseren Drisverein der Fabrik- und Handarbeiter ohne Streik eine Lohnzulage erwirkt. Als der gegenwärtige rabulater Kartellvorsitzende der Gewerkschaften zuerst hervortrat, glaubten seine den rabulaten Schwall von Worten folgenden Anhänger, daß nun die Zeit gekommen sein würde, wo die Gewerkevereiner „mit Stampf und Eil“ ausgemerzt werden könnten. Zum Glück gibt es in Stolp aber noch eine ganze Anzahl von Arbeitern, die sich nicht durch eine solche Schwabberlei beirren lassen, sondern als selbstdenkende Männer selbst ihr Urteil sich bilden können. Unser Drisverband hat im Jahre 1905 von 50 neue Mitglieder gewinnen können. Im Jahre 1906 werden es hoffentlich noch mehr sein. Unser früherer Drisverbandsvorsitzender Baumzoll unter dem Buchdruckeramt arbeiten. Die Zeitung für hinterbunnen, die mitangegriffen war, hat dem „Volkboten“ eine Berichtigung geschickt, wovon die Setzer durchschnittlich 24 Mk. die Woche bei normaler Arbeitszeit erhalten. Unser Kollege Baumzoll erhält 80 Mk. pro Woche. Was soll nun eine so unfürige Angriffswelle, die jeden Augenblick läufig wiederlegt

Gewerkevereins-Zeil.

§ Berlin. (Medizinalverband Berlin und Vorort.) Am Sonntag, 18. Februar, fand im Sitzungssaal des Verbandshauses die Generalversammlung des Medizinalverbandes statt. Die Tagesordnung bestand in Kassen- und Revisionsbericht pro 4. Quartal und Jahresbericht pro 1905. Nebenberuf der §§ 2 und 11 der Kassen- und Geschäftsordnung. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Den Kassen- und Revisionsbericht erstatteten die Revisoren Kieglisch und Schönd. Zum Jahresbericht, der gedruckt vorlag, gab der Hauptkassierer Dabrad über den Stand der Kasse